



EDITORIAL

Ein Leben in Armut und sozialer Ausgrenzung kann eine Unzahl verschiedener Probleme für verschiedene Menschen mit sich bringen: von fehlendem Geld für Essen und Kleidung bis hin zu Obdachlosigkeit und Überschuldung.

Nicht genügend Geld zu haben, zerstört das Leben von Millionen Europäern, die schließlich ausgegrenzt aus einer Gesellschaft enden, die für viele andere eine Wohlstandsgesellschaft voller Möglichkeiten ist.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind sich der Ungerechtigkeit von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der sozialen Spaltung, die sie in der Gesellschaft bewirken, überaus bewusst. Aus diesem Grund haben sie das Jahr 2010 zu einem besonderen Jahr erklärt, um das Bewusstsein für diese Problematik zu wecken und darauf hinzuwirken, dass mehr Anstrengungen unternommen werden, um gegen die daraus entstehenden Probleme anzugehen.

Dieses Thema für das Europäische Jahr wurde vor Ausbruch der derzeitigen Wirtschaftskrise gewählt. Der Konjunkturrückgang hat jedoch durch die damit entstandene Arbeitslosigkeit weitere Tausende Menschen ärmer gemacht. Man kann sagen, dass die EU keinen besseren Zeitpunkt für ihre Botschaft hätte wählen können, dass wir alle gemeinsam gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorgehen müssen.

Diese Ausgabe des Exchange-Newsletters ist dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gewidmet. Neben einer Darstellung der Ziele dieses Europäischen Jahres informieren Artikel über Veranstaltungen und Aktivitäten, die es auf EU-Ebene und in den einzelnen Ländern geben wird.

Darüber hinaus erfahren unsere Leser, was für den offiziellen Start von EJ2010 vorgesehen ist, der im Januar unter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft stattfindet.

Die Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung auf gesundheitliche Ungleichheit werden in einem Sonderbeitrag von EuroHealth-Net, einem Netzwerk regionaler und nationaler Stellen für Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz in Europa, vorgestellt. Ergänzend dazu gibt es einen Bericht über die jüngste Mitteilung der Europäischen Kommission über den Abbau gesundheitlicher Ungleichheit.

Der Schwerpunktartikel berichtet über eine von der Kommission und vom Ausschuss für Sozialschutz gemeinsam verfassten Bewertung der sozialen Auswirkungen der Rezession und der ergriffenen politischen Maßnahmen.

SCHWERPUNKT

Startklar für das Europäische Jahr 2010

Rund 80 Millionen Menschen leben in der Europäischen Union mit einem Armutsrisiko. Vor diesem Hintergrund eröffnen die EU und ihre Mitgliedstaaten (zusammen mit Norwegen und Island) das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 (EJ2010).

Die Kampagne soll das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit, aber auch der öffentlichen Hand und anderer Akteure, für Armut und soziale Ausgrenzung wecken und zeigen, wie jeder sechste EU-Bürger davon betroffen ist. Auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene ist das ganze Jahr über eine breite Palette von Aktivitäten geplant (Informationskampagnen, innovative Projekte, Debatten, Wettbewerbe), mit dem Ziel, die derzeitigen Bemühungen bei der Bekämpfung dieser miteinander zusammenhängenden Probleme zu unterstützen.

EJ2010 möchte jeden Bürger dazu anregen, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufzunehmen, und dabei gleichzeitig in der gesamten EU die soziale Solidarität voranbringen. Neben der breiten Öffentlichkeit soll die Kampagne eine Reihe von Zielgruppen erreichen, einschließlich der Menschen, die in Armut leben, und derjenigen, deren Arbeit es ist, die Folgen von Armut unwirksamer zu machen.

Erwartet wird auch die aktive Teilnahme von Organisationen der Zivilgesellschaft, der Sozialpartner, Gebietskörperschaften und Medien, um der Kampagne mehr Wirkung zu verleihen.

In Fahrt kommen

Eine zentrale Herausforderung wird sein, dafür zu sorgen, dass EJ2010 während des ganzen Jahres im Blickpunkt der Öffentlichkeit bleibt. Um das zu erreichen, wird mit einer Reihe von **Kampagnenhöhepunkten** eine Dynamik aufgebaut.

- Der **offizielle Kampagnenstart** findet am **21. Januar 2010** in Madrid unter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft statt.
- Im **Mai und Oktober** gibt es zwei spezielle **Schwerpunktwochen der Kampagne**. Im Mai verspricht eine spezielle Radio- und Fernsehwoche das Medieninteresse für die Aktivitäten des Jahres in die Höhe zu treiben.
- Gegen Ende des ersten Quartals startet eine **Kunstinitiative**. Menschen mit Armutserfahrung und Künstler werden eingeladen, ihre Interpretation von Armut und sozialer Ausgrenzung zu geben und zu zeigen, wie

sich das auf das Leben der Menschen auswirkt. Die Arbeiten werden im späteren Jahresverlauf in einer Ausstellung gezeigt.

- Im **März** wird ein EU-weiter **Journalistenwettbewerb** gestartet, der Medienfachleute dazu anregen möchte, Themen im Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung aufzugreifen und zu untersuchen. Die Gewinner werden im späteren Jahresverlauf bei einer feierlichen Preisverleihung bekannt gegeben.
- Im **Dezember**, findet in Brüssel die Schlusskonferenz der Kampagne unter der belgischen Ratspräsidentschaft statt. Die Ratspräsidentschaft wird eine ehrgeizige politische Erklärung zum Kampf gegen Armut vorlegen, die die Staats- und Regierungschefs unterzeichnen werden.



Durchgehende Kommunikationsmaßnahmen ergänzen diese Höhepunkte der Kampagne, darunter regelmäßige Pressemitteilungen und eine Vielzahl von Stakeholder-Aktivitäten. Spezielle thematische Meilensteine, die auf der Website des EJ2010 und über andere Kanäle an die Öffentlichkeit gebracht werden, behandeln einzelne Aspekte von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Im Januar erscheint ein Video-Clip zum Europäischen Jahr in 23 Sprachen. Und im zweiten Quartal ist neben einem regelmäßigen Video-Veranstaltungsjournal eine Veröffentlichung von Video-Nachrichten geplant.

Eine Plakatkampagne mit dem Motto „Stopp Armut jetzt“ verspricht, eindrücklich in Wort und Bild, zu zeigen, welche Folgen Armut und soziale Ausgrenzung für das Leben der Menschen haben. Die Plakate werden in ausgewählten Städten in ganz Europa gezeigt, sowie in Zeitschriften zu sozialen Themen veröffentlicht.

Daneben gibt es Broschüren und Falblätter mit Informationen über die Mission und mit nützlichen Zahlen und Fakten.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Kampagne:
<http://www.2010againstopoverty.eu/>



EJ2010 auf einzelstaatlicher Ebene

Jedes Teilnehmerland hat sein eigenes maßgeschneidertes Programm mit Aktivitäten und Veranstaltungen, die die nationalen EJ2010-Durchführungsstellen (NDS), die Beiträge von Regierungen, Gebietskörperschaften, NRO und anderen Stakeholdern erhalten, planen.

Von Februar bis November finden in allen Ländern nationale NRO-Schwerpunktwochen statt. Sie ergänzen die riesige Auswahl spezieller landesweiter Aktionen, die ausgearbeitet wurden, um EJ2010 bekannt zu machen, darunter Seminare, Workshops, Werbekampagnen und Wettbewerbe.

Im Vereinigten Königreich lief zum Beispiel bereits eine Reihe von Informationsveranstaltungen, in denen regionale Anstrengungen gegen die soziale Ausgrenzung präsentiert wurden. In Rumänien werden begabte Kinder und Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen eingeladen, an einer speziellen „Kinderolympiade“ teilzunehmen. Griechenland will mittlerweile eine Konferenz veranstalten, um herauszufinden, wie obdachlosen Migranten geholfen werden kann.



Foto: Michiel Loriaux / © Europäische Union

Das Ziel ist eine möglichst große Beteiligung der Basisorganisationen an allen Veranstaltungen, um dem Jahr wirkliche Tiefe und Wirkung zu verleihen. Erfolgreiche Lösungen, Initiativen und Politiken im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aus ganz Europa werden auf der EJ2010-Website veröffentlicht.

Nationale Kommunikationskorrespondenten für EJ2010 werden mit den NDS zusammenarbeiten, um eine breite Medienberichterstattung zu erreichen und Pressefrühstücke zu organisieren. Mit diesen Veranstaltungen erhalten Journalisten die Möglichkeit, Kampagnenbotschafter und sonstige Personen zu treffen, die an den Aktivitäten des Jahres beteiligt sind. Sechs solcher Presstreffen pro Land dürften das Interesse das ganze Jahr über hochhalten und das Bewusstsein für armutsbezogene Themen vergrößern.

Dieses Netz nationaler Kommunikationskorrespondenten sorgt auch dafür, dass EJ2010 auf geplanten nationalen Veranstaltungen und Festivitäten präsent ist. Darüber hinaus werden die Korrespondenten in dem Jahr zehn Artikel schreiben und regelmäßige Pressemitteilungen herausgeben.

Weitere Informationen zu den nationalen Programmen finden Sie auf den Länderseiten der EJ2010-Website: www.2010againstopoverty.eu

Die EJ2010-Botschafter und Botschafterinnen verleihen der Kampagne ein menschliches Gesicht

Um die Reichweite von EJ2010 zu vergrößern und der Kampagne ein menschliches Gesicht zu geben, werden inspirierende Identifikationsfiguren eingeladen, sich als EJ2010-Botschafter zu engagieren.

Das Ziel ist, drei bis sechs prominente und in ganz Europa anerkannte Persönlichkeiten sowie Personen aus dem öffentlichen Leben (zehn pro Teilnehmerland) auszuwählen, die aktiv gegen Armut und soziale Ausgrenzung tätig sind.

Menschen, die Armut selbst erleben oder erlebt haben, sind vollwertige Akteure in der Kampagne und einige treten auch als Botschafter oder Botschafterinnen in den Teilnehmerländern auf. Ihre zentrale Präsenz in der Kampagne trägt dazu bei, Vorurteile in den Medien und der breiten Öffentlichkeit abzubauen.

Die Botschafter setzen ihre Talente und Erfahrungsberichte ein, um die Botschaften der Kampagne stärker in das Bewusstsein zu rücken. Sie veranschaulichen die Botschaften mit konkreten Beispielen ihres persönlichen Engagements und tragen so dazu bei, dass EJ2010 im Brennpunkt des Medieninteresses bleibt. Dafür sollen sie an einer Vielzahl von Aktivitäten teilnehmen und beispielsweise Erfahrungsberichte schreiben, die dann auf der Website der Kampagne erscheinen, oder an Pressekonferenzen und Sonderveranstaltungen teilnehmen.

Spanien bereit für die Eröffnungskonferenz

Die Eröffnungskonferenz für das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung findet am 21. Januar in Madrid, Spanien, statt.

Auf der Eröffnungssitzung präsentieren der spanische Ministerpräsident José Zapatero und seine Ministerin für Gesundheit und Sozialpolitik, Trinidad Jiménez, sowie der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, ihren Zuhörern ihre Vision, wie der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zehn Jahre nach dem Versprechen der Staats- und Regierungschefs, einen entscheidenden Vorstoß bei der Ausmerzungen von Armut zu machen, organisiert werden sollte.

Dann stellt Vladimír Špidla, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, die Ziele von EJ2010 vor und gibt einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse des Jahres. Er startet auch den ersten Videoclip des Jahres und präsentiert die Website des Europäischen Jahres.

Anschließend wird Felipe González, Vorsitzender der Reflexionsgruppe über die Zukunft der Europäischen Union, die Grundsatzrede halten: „Das soziale Europa, das wir wollen: die Herausforderungen Armut und Ungleichheit.“

Im ersten Roundtable-Gespräch erhalten vier Personen, die mit den Folgen von Armut und sozialer Ausgrenzung leben, Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit Delegierten zu teilen.

Nach dem Mittagessen beginnt eine Podiumsdiskussion rund um das Thema „Was die Lissabon-Strategie für das Ziel der Armutsverringerung bedeutet: Sichtweisen verschiedener Mitgliedstaaten und Erfahrungsrückblick.“

Geleitet werden die Gespräche von Aurelio Fernández, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialschutz. An der Diskussion nehmen hochrangige Vertreter der Sozialministerien aus Belgien, Ungarn, Frankreich und Schweden teil.

Ein Video der Kommission präsentiert wichtige Zahlen und Fakten zu Armut und sozialer Ausgrenzung. Anschließend beginnt das zweite Roundtable-Gespräch, in dem zunächst die Herausforderungen untersucht werden, die im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu bewältigen sind, bevor dann die zukünftigen Engagements für die Zeit nach 2010 erörtert werden.

Moderiert wird das Gespräch von Maria Joao Rodrigues, Vorstandsmitglied des Instituts für strategische und internationale Studien an der Universität Lissabon und Sonderberaterin für die Lissabon-Agenda. Zu den Teilnehmern zählen hochrangige Vertreter der Kommission, des Europäischen Parlaments, europäischer NRO und der Sozialpartner.

Die Schlussitzung wird voraussichtlich von Jerzy Buzek, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, zusammen mit José Bono, dem Präsidenten des spanischen Parlaments, geleitet.

Bewertung der Auswirkungen der Rezession in Europa

Die vollen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmärkte und öffentlichen Finanzen stehen den EU-Mitgliedstaaten laut einem kürzlich vorgelegten Bericht der Kommission und des Ausschusses für Sozialschutz der EU noch bevor.

Die „zweite gemeinsame Bewertung hinsichtlich der sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der ergriffenen politischen Maßnahmen“ warnt auch, dass der Preis der Rezession, den die Menschen zahlen müssen, noch nicht voll eingeschätzt werden kann. Bereits 5 Millionen Menschen haben seit Krisenbeginn ihre Arbeit verloren und viele Haushalte müssen mit stark geschrumpften Einkommen leben.

Für den Bericht wurden Erkundigungen aus allen Mitgliedstaaten eingeholt, um sich ein Bild zu machen, wie sie auf den Konjunkturabschwung reagiert haben, damit benachteiligte Gruppen und Menschen, die vielleicht ihre Arbeit verlieren oder in Notlagen geraten, geschützt werden können.

Entschiedenes politisches Eingreifen, das sich auf die Unterstützung des Aufschwungs und die Verstärkung von Systemen des Sozialschutzes



konzentriert hat, scheint eine wichtige Rolle bei der Linderung der sozialen Auswirkungen der Krise gespielt zu haben.

Der Bericht hält jedoch fest, dass die Lage weiterhin unsicher ist. Die Kommission schätzt, dass die Arbeitslosigkeit bis Ende 2010 eine Quote von bis zu 10,3% erreichen könnte und die Sozialausgaben von 27,5% auf 30,8% des BIP im Zeitraum 2007-2010 steigen könnten.

Neben einem starken Anstieg der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung steigt in den meisten Ländern der EU auch der Druck auf die Sozialhilfesysteme, die als letzter Ausweg in Anspruch genommen werden.

Manche Länder berichten über zunehmende Hypothekenausfälle und Privatschulden. Kapitalgedeckte Altersvorsorgesysteme stehen einem Rückgang des Investitionswerts gegenüber, der Verbindlichkeiten absichert.

Die meisten Länder haben ihre politischen Maßnahmen verstärkt, um die Folgen der Krise für ihre Bürger zu verringern. Viele haben beispielsweise ihre Arbeitsmarktmaßnahmen verstärkt, um Beschäftigung zu erhalten, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern und Umstrukturierungen zu bewältigen.

Die Mitgliedstaaten haben den Europäischen Sozialfonds ausgestattet, um Unterstützung für Arbeitslose bereit zu stellen und um Menschen in Arbeit zu halten. Die Mittel des Fonds wurden auch dazu eingesetzt, benachteiligten Gruppen, wie beispielsweise behinderten Menschen, zu helfen Arbeit zu finden.

Viele Mitgliedstaaten haben auch Maßnahmen entwickelt, um das Einkommen von Menschen aufzustocken. Sie haben Auskehrungen für Arbeitslose aufgebessert und die Mindesteinkommensysteme verstärkt. Manche Länder haben Schritte unternommen, um Hypothekennnehmer vor Zwangsentwignungen zu schützen, und kümmern sich um das Problem der Überschuldung und des Kreditzugangs für Menschen mit niedrigem Einkommen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st16/st16169-ad01.en09.pdf>

Gegen die gesundheitliche Ungleichheit in der EU vorgehen

Im vergangenen Oktober kündigte die Kommission eine Reihe von Maßnahmen an, um die Mitgliedstaaten und eine Reihe von Akteuren in ihrem Kampf gegen die gesundheitliche Ungleichheit in der Europäischen Union zu unterstützen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Lage, was die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen betrifft, mit dem zunehmenden Wohlstand in der EU insgesamt verbessert. Es gibt jedoch noch immer sozial bedingte gesundheitliche Unterschiede zwischen und innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten und in manchen Fällen vergrößern sie sich.

Zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten können die Unterschiede bei der Lebenserwartung

ab der Geburt zum Beispiel bis zu 8 Jahre für Frauen und bis zu 14 Jahre für Männer betragen. Für diese Unterschiede gibt es viele und komplexe Gründe, darunter Faktoren wie Einkommen, Bildung, Wohnverhältnisse, Arbeitsumfeld, Lebensstil und Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Darüber hinaus befürchtet die Kommission, dass die derzeitige Finanzkrise die gesundheitlichen Unterschiede noch vergrößern könnte, da mehr Menschen in finanzielle Notlagen geraten.

Die Rezession könnte in vielen Mitgliedstaaten aufgrund von Haushaltskürzungen und geringeren Steuereinnahmen auch zu einer Senkung der Ausgaben für Gesundheit und Langzeitpflegeleistungen führen. Zugleich könnte die Nachfrage für diese Dienste aufgrund einer Kombination von Faktoren, die zu einer Verschlechterung der Gesundheit der breiten Bevölkerung führen könnten, steigen.

Um diese Probleme zu bewältigen, will die Kommission das Wissen um das Thema der gesundheitlichen Ungleichheit verbessern. Sie wünscht eine bessere Überwachung und Datenerhebung sowie mehr Untersuchungen, wie EU-Politiken eingesetzt werden können, um gegen gesundheitliche Ungleichheit anzugehen.

Um die gesundheitlichen Unterschiede zu beheben, ist die Kommission der Auffassung, dass Regionen und Bevölkerungen in Schwierigkeiten Unterstützung erhalten sollten, um zum übrigen Europa aufzuschließen. Mehr Aufmerksamkeit muss deshalb auf die Bedürfnisse von benachteiligten Menschen bei der Bereitstellung von Gesundheitsdiensten und durch Gesundheitsförderungs- und Gesundheitsschutzmaßnahmen gelegt werden. Es sollten auch Anstrengungen unternommen werden, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der weniger Bemittelten zu verbessern.

Über die Stärkung ihrer eigenen Bewertungsverfahren hinaus will die EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Stakeholdern darauf hinwirken, dass bewährte Verfahren erkannt und eingesetzt werden. Neben regelmäßigen Statistiken wird die Kommission Berichte über gesundheitliche Ungleichheit vorlegen, sowie über die Strategien, die sich bei der Reduzierung dieser Ungleichheit bewährt haben.

Außerdem wird die Kommission den Mitgliedstaaten helfen, Zugang zu EU-Mitteln zu erlangen, die zur Verfügung stehen, um die Gesundheit benachteiligter Menschen zu verbessern und die gesundheitlichen Unterschiede zwischen den Regionen zu verringern. So steht beispielsweise Geld für die Verbesserung der ärztlichen Grundbetreuung, der Wasserversorgung und Kanalisation sowie für die Versorgung mit Wohnraum bereit.

Mittels der offenen Koordinierungsmethode für Sozialschutz und soziale Eingliederung (OKM Soziales) haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf das Ziel verständigt, Unterschiede im Gesundheitszustand der Bevölkerung in Angriff zu nehmen.

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/socio_economics/socio_economic_en.htm

VON DER BASIS

Warum wir uns um die dramatischen gesundheitlichen Unterschiede kümmern müssen

Gesundheitliche Ungleichheiten sind Unterschiede in der Gesundheit, die zwischen verschiedenen Gruppen der Gesellschaft bestehen. Sie bestehen zwischen allen Staaten: Eine in Frankreich geborene Frau hat eine durchschnittliche Lebenserwartung, die diejenige einer in Litauen geborenen Frau um 7 Jahre übersteigt⁽¹⁾.

Diese dramatischen Unterschiede gibt es auch innerhalb der Länder. Ein Mann, der im Vereinigten Königreich in einem bestimmten Stadtteil von Glasgow geboren wird, hat bei der Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von 54 Jahren, während die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt in einem anderen Teil derselben Stadt 82 Jahre beträgt.⁽²⁾



Foto: Michel Loriaux / © Europäische Union

Zwar sind die unterschiedlichen Gesundheitsniveaus zwischen und in den Bevölkerungen seit langem bekannt und werden überwacht, aber die Biologie allein kann keine hinreichenden Erklärungen dafür liefern, warum es sie gibt. Die jüngere Forschung hat hingegen gezeigt, dass ein Großteil der Unterschiede in der Gesundheit auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann, in denen wir leben. Diese Bedingungen, die man als „soziale Gesundheitsdeterminanten“ bezeichnet, erzeugen unfaire gesundheitliche Unterschiede, die vermieden werden könnten.

Eine Studie über acht europäische Bevölkerungen hat ein höheres Sterberisiko für geringer Gebildete aufgezeigt als für höher Gebildete, wobei dieser Unterschied 22 bis 43 Prozent bei den Männern und 20 bis 32 Prozent bei den Frauen beträgt⁽³⁾. Das zeigt, wie stark die Gesundheit von ihren sozialen Determinanten, von Bildungs- und Armutsniveaus bis hin zu Stadtplanung und Zugang zu Grünflächen, bestimmt wird.

Im Rahmen des Europäischen Jahres für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist es von grundlegender Bedeutung, sich daran zu erinnern, dass Armut nicht nur ein unzureichendes Einkommen bedeutet. Ein niedriger



EIN NEUES REDAKTIONSMODELL FÜR EXCHANGE

Der Exchange-Newsletter erhält ab der nächsten Nummer ein neues Format. Informationen zu den Themenbereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung sind dann im elektronischen Newsletter „Soziales Europa“ der GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit integriert. Die Abonnenten von Exchange werden in Kürze kontaktiert, um ihr Einverständnis über die Aufnahme ihrer E-Mail-Adresse in den Verteiler von „Soziales Europa“ einzuholen.

sozioökonomischer Status bedeutet schlechte Schulbildung, fehlender Komfort, Arbeitslosigkeit oder unsichere Arbeitsplätze, schlechte Arbeitsbedingungen und Leben in unsicheren Stadtvierteln, mit den entsprechenden Folgen für das Familienleben.

Alle diese Dimensionen der sozialen Benachteiligung haben nachweislich Auswirkungen auf die Gesundheit. Diese Nachteile können sich darüber hinaus, wie der Ausschuss für Sozialschutz der Europäischen Kommission warnt⁽⁴⁾, aufgrund der derzeitigen Krise noch verschlimmern. Das kann, wie Anzeichen nahe legen, zu einer Verschlechterung der Gesundheit der Bevölkerung führen, was allerdings von politischen Entscheidungen abhängt.

Da kleinere Staatshaushalte die Kapazitäten des Gesundheitssektors beschneiden, ist klar, dass die sozialen Gesundheitsdeterminanten dringender Aufmerksamkeit bedürfen.

Gesundheitliche Ungleichheit betrifft nicht nur Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status. Die Gesundheitsunterschiede bilden ein soziales Gefälle durch die gesamte Bevölkerung. Gesundheitliche Ungleichheiten betreffen jeden und aus diesem Grund finden sie zunehmende Beachtung bei den Entscheidungsträgern.

Auf EU-Ebene hat die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung über den Abbau gesundheitlicher Ungleichheit⁽⁵⁾ versprochen zu handeln. Zu diesem Aktionsplan gehört, andere Sektoren dazu zu ermuntern, die potenziellen Folgen ihrer Entscheidungen zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass die Faktoren, die Einfluss auf die Gesundheit der Menschen haben, kohärent angegangen werden.

Das Wissen um die Auswirkungen der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die die gesundheitliche Ungleichheit beeinflussen, wächst. EuroHealthNet, das Netzwerk regionaler und nationaler Stellen für Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz in Europa, hat unter der Adresse www.equitychannel.net eine besondere Website eingerichtet, die die jüngsten Berichte und Angaben über gesundheitliche Ungleichheit enthält.

- (1) WHO-Weltgesundheitsbericht 2009.
- (2) Schlussbericht der WHO-Kommission zu den sozialen Gesundheitsdeterminanten: „Closing the gap in a generation: Health equity through action on the social determinants of health“ (2008).
- (3) Mackenbach, J., Health inequalities: Europe in profile (2006).
- (4) Zweite gemeinsame Bewertung des Ausschusses für Sozialschutz und der Europäischen Kommission hinsichtlich der sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der ergriffenen politischen Maßnahmen, 24. November 2009.
- (5) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Solidarität im Gesundheitswesen: Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU. KOM(2009) 567/4.

STANDPUNKT

Das Beste machen aus EJ2010

Die Organisation des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist ein gewaltiges Unterfangen. Nachfolgend erläutert Anne Degrand-Guillaud, Leiterin der EJ2010-Arbeitsgruppe, einige der zentralen Herausforderungen, die ihr Team zu bewältigen hat.

29 Länder beteiligen sich am EJ2010. Die Kommission spielt zwar eine koordinierende Rolle und stellt entscheidende Kommunikationsinstrumente bereit, aber die Betonung liegt doch stark auf der Entwicklung dezentralisierter Aktionen.

„Die geographische und kulturelle Diversität unserer Teilnahmeländer bedeutet, dass wir ein Gleichgewicht zwischen gemeinsamen Ansätzen für das Jahr und den Prioritäten der Einzelstaaten bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung schaffen müssen“, erklärt Frau Degrand-Guillaud.

„Die nationalen Programme für EJ2010 sind daher stark mit den nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung verknüpft und das bedeutet, dass verschiedene Länder auch unterschiedliche Themen in den Vordergrund stellen werden, z. B. Kinderarmut, Entwicklung inklusiver Arbeitsmärkte oder Verbesserung des Zugangs zu Dienstleistungen.“

Was auch immer die thematischen Prioritäten sein mögen, ein zentraler Aspekt des Jahres wird sein, Menschen, die Armut und soziale Ausgrenzung erlebt haben, in möglichst viele der wichtigen Aktivitäten und großen Veranstaltungen einzubeziehen.

„Ihre Einbindung ist eigentlich entscheidend. Auch nur eine Person mit Armutserfahrung unter die üblichen Verwaltungsbeamten und NRO-Sprecher



© Europäische Union

Anne Degrand-Guillaud

zu mischen, kann einer Diskussion oder einer Veranstaltung eine ganz andere Dynamik geben.“

Bei der Suche nach Menschen mit Armutserfahrung sind gute Fortschritte zu verzeichnen, was zu keinem geringen Teil den NRO zu verdanken ist, die geholfen haben, geeignete Kandidaten zu finden. Es wird sich wahrscheinlich um Personen handeln, die heute wieder in einer sichereren Umgebung leben oder als Fürsprecher von benachteiligten Gruppen auftreten.

„Ein weiteres zentrales Ziel des EJ2010-Teams ist es, den Europäern zu helfen, neue Kontakte und Partnerschaften zu knüpfen, aus denen frische Ideen und Ansätze für den Umgang mit Armut und sozialer Ausgrenzung entstehen können.“

Um solche Synergien zu erreichen, liegt der Schwerpunkt von EJ2010 darauf, Menschen aus öffentlichen Behörden, den Medien und NRO mit Menschen zusammenzubringen, die unter der Last der Armut gelebt haben.

„Außerdem möchten wir denen, die in dem Bereich tätig sind und die normalerweise weitab vom Rampenlicht arbeiten, ein Podium geben. Dabei geht es darum, den Wert ihrer Arbeit anzuerkennen, und um neue Motivation für alle, sich weiter mit diesen dringenden Fragen zu beschäftigen“, fügt Frau Degrand-Guillaud hinzu.

Herausgeber: Europäische Kommission – GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit

Referat „Eingliederung, sozialpolitische Aspekte der Migration, Straffung der Prozesse im Bereich der Sozialpolitik“
B-1049 Brüssel

Der Inhalt dieser Veröffentlichung gibt nicht unbedingt die Auffassung der GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission wieder. Weitere Informationen zum Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung in der EU finden Sie unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=437&langId=de>

Newsletter „Stop Discrimination“

Sie wollen mehr über die Themen Diskriminierung und Vielfalt in Europa erfahren? Dann lesen Sie den neuen „Stop Discrimination“ Newsletter!

<http://www.stop-discrimination.info/8043.0.html>